

Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB
Bundesminister des Auswärtigen

Leitlinien einer Friedenspolitik
im 21. Jahrhundert

Symposium des SPD AK Christen:
„Die Welt ist aus den Fugen geraten“

Deutscher Bundestag
Berlin

am 15. April 2016

Liebe Kerstin,

lieber Rolf,

lieber Niels!

Liebe Gäste der SPD,

meine Damen und Herren!

Sie hören es mir wahrscheinlich an – ich war gerade in China und bin ziemlich verschnupft und verschwiemelt zurückgekommen.

Aber der Arzt hat mir versichert: Vogelgrippe ist es nicht... Es tut mir leid, wenn ich deshalb heute ein bisschen zurückschrauben muss.

Sie sind bestimmt alle sehr enttäuscht, dass wir den eigentlich geplanten zweieinhalbstündigen Grundsatzvortrag über deutsche Außenpolitik abändern mussten...

Wir machen jetzt in der Mitte der Rede eine

halbe Stunde Pause zur Stimmerholung – also planen Sie bitte drei Stunden ein...

Nein, im Ernst – ich entschuldige meine Unpässlichkeit. Aber es war mir wichtig, trotzdem heute immerhin kurz bei Ihnen und Euch, liebe Kerstin, vorbeizuschauen.

Denn Ihr stellt auf dieser Konferenz die richtige Frage: Wie soll es weitergehen mit der Friedensordnung dieser Welt?

- **Ja, die Zeiten sind stürmisch!**
- **Ja, es fühlt sich an, als sei die Welt aus den Fugen geraten!**
- **Und: Ja, die Krisen der Welt sind unmittelbar bei uns in Deutschland angekommen – in unseren Schulen und Turnhallen und überall dort, wo**

**Menschen Zuflucht suchen vor Krieg und
Gewalt!**

**Das bedeutet: Deutsche Außenpolitik, auch
mein Alltag, geht voll und ganz auf im
Krisenmodus – dem steten, mühsamen,
beharrlichen Versuch, akute Konflikte zu
entschärfen und zumindest Öffnungen zu
finden für politische Lösungswege.**

Aber dennoch: Gerade wir als

Sozialdemokraten und als Christen dürfen

über dem akuten Krisenmodus nicht die

Frage vergessen: Wo steuert diese Welt

langfristig hin? Für welche Ordnung von

Frieden und Gerechtigkeit sollte deutsche

Außenpolitik ihr gewachsenes Gewicht in die

Waagschale werfen?

Warum ist dieser Blick gerade jetzt wichtig?

Die Krisenballung dieser Zeit ist ja kein Zufall.

Sondern da entlädt sich das Ringen und das

Kräftemessen einer Welt, die eine alte

Ordnung verloren und eine neue Ordnung

noch nicht gefunden hat. Nach dem Ende des

Kalten Kriegs, den alten, zynischen

Gewissheiten einer bipolaren Welt dachten

manche, jetzt sei das neue, multipolare

Zeitalter eines friedlichen globalen

Miteinanders angebrochen. Manche sprachen

gar vom „Ende der Geschichte“.

Es ist nicht so gekommen. Die Welt ist nicht

unipolar, nicht multipolar, sondern nonpolar.

Sie ist eine Welt auf der Suche. Doch die

Suche nach neuer Ordnung verläuft nicht wie

ein friedlicher Seminardiskurs, sondern entlädt sich in gewaltsamen Konflikten, wie wir sie gerade erleben.

Dieser Blick auf die tektonischen Verschiebungen der Weltpolitik, die den aktuellen Erdbeben zugrunde liegen, ist wichtig - gerade für unser Land, Deutschland. Denn kein anderes Land ist mit der Welt so eng vernetzt– wirtschaftlich natürlich, als Exportnation. Aber auch technologisch und in Bezug auf digitale Datenströme. Und drittens auch in Bezug auf die Migration von Menschen! Schon *vor* der aktuellen Flüchtlingsbewegung war der Anteil der im Ausland geborenen Bevölkerung in

**Deutschland größer als im
Einwanderungsland schlechthin, den USA.**

**Als ich das neulich an einer Uni in
Washington erzählt habe, wurde ich erst
ungläubig angeguckt und dann wollte man
Statistiken sehen...**

**Diese Vernetzung bedeutet im
Umkehrschluss: Kaum ein anderes Land ist
so sehr abhängig von einer friedlichen und
regelbasierten internationalen Ordnung. Und
deshalb muss gerade Deutschland zum Erhalt
und zur Erneuerung dieser Ordnung seinen
Beitrag leisten. Das ist nicht nur in unserem
ureigenen Interesse, sondern darin liegt auch
eine moralische Verantwortung. In diesen
Kontext hat es Bundespräsident bei seiner**

**Münchener Rede vor gut zwei Jahren
eingeordnet – im Grunde frei nach dem
Philosophen John Rawls: Wer aus einem
System besonderen Nutzen zieht, der muss
zu seinem Erhalt auch besonders beitragen.
So verhält es sich eben ganz besonders mit
Deutschland in der internationalen
Gemeinschaft. Uns, einem Land, das im 20.
Jahrhundert größtes Unheil angerichtet hat,
ist es in den letzten sieben Jahrzehnten
vergönnt gewesen, langsam und behutsam
wieder in internationale Ordnung
hineinzuwachsen– erst ins Westbündnis und
die NATO, dann in die Vereinten Nationen und
schließlich als wiedervereintes Land in die
EU! Gerade diesen Ordnungen gilt unsere
historische Verantwortung!**

Liebe Genossen, liebe Gäste,
so, jetzt käme der lange Teil der Rede... Ich
kann heute die Arbeit an einer neuen
Friedensordnung nicht auf allen Ebenen
ausbuchstabieren. Aber ich will in drei
Grundzüge anreißen.

Erstens: die Ebene der kurzfristigen
Krisenarbeit. 1963, vor der Evangelischen
Akademie Tutzing, sagt Willy Brandt,
Außenpolitik sei „der illusionslose Versuch
zur friedlichen Lösung von Problemen“. Ich
nenne diese Brandtsche Grundhaltung den
Versuch eines „Friedensrealismus“. Dieser
Versuch ist immer ein Balanceakt zwischen
hehrem Anspruch und oftmals verheerender

Wirklichkeit. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist voll von Beispielen: die Diskussionen um den NATO-Doppelbeschluss unter Helmut Schmidt. Gerhard Schröders „Ja“ zum Afghanistan-Einsatz und sein „Nein“ zum Irak-Krieg. Und zuletzt im Jahr 2014 die Debatte um Waffenlieferungen an die Peschmerga, die im Nordirak als letzte Bastion gegen den menschenverachtenden Terror des sogenannten „Islamischen Staates“ gekämpft haben. All das waren heftige Debatten – aber sie waren prägend nicht nur für die SPD, sondern für die weitere Entwicklung deutscher Außenpolitik insgesamt. Und wir haben uns dabei von einer Einsicht leiten lassen, die für Sozialdemokraten

**genauso gilt wie für jeden Christenmenschen:
Im Angesicht von scheinbar unerträglichen
Situationen – so wie wir sie mit dem
bestialischen Vorrücken des IS in Syrien und
im Irak erlebt haben – trägst Du
Verantwortung für Dein Tun genauso wie für
Dein Nicht-Tun! Auch das gehört in meinem
Augen zum „Friedensrealismus“.**

**Auch ganz aktuell ist dieser Realismus
gefordert. Beispiel Syrien. Nach fünf Jahren
Bürgerkrieg, 300.000 Toten, zwölf Millionen,
die ihre Heimat verloren haben, ist das mehr
als eine politische Frage. Es ist auch eine
moralische Pflicht, dass wir alles tun, um das
Blutvergießen zu beenden!**

Doch das bedeutet eben: Gespräche suchen, Verständigung ermöglichen – auch unter schwierigen Gesprächspartnern.

Mit dem sogenannten Wiener Format haben wir zum ersten Mal *alle* Parteien am Verhandlungstisch, die wir brauchen, damit eine Lösung in Syrien überhaupt möglich wird: die USA, Russland, Europa, und vor allem die regionalen Akteure: Iran, die Türkei, Saudi-Arabien und die Golf-Staaten.

Die müssen wir jetzt ernsthaft am Tisch halten, und in die Pflicht nehmen für Syrien.

Natürlich sind das schwierige Gesprächspartner. Aber ich sage immer: Außenpolitik ist nicht „Voice of Germany“, wo man mit der Fernbedienung aus der Sofaecke

Sympathiepunkte verteilt. Sondern wenn wir etwas bewirken wollen, dann müssen wir raus in die Welt, hin zu den Konflikten und reden mit den Konfliktparteien. Deswegen war ich in den letzten drei Monaten gleich zwei Mal in Saudi-Arabien und im Iran. Manche mögen einen kritisieren für diese Gespräche. Aber ich sage Euch eins: Wenn ich mit all den Ländern nicht mehr sprechen würde, deren Politik wir nicht teilen, dann hätte ich mehr Zeit, unsere prima Beziehungen zu Luxemburg zu pflegen. Aber das ist deutlich weniger, als man von Deutschland erwartet.

Die zweite Ebene ist gewissermaßen die mittelfristige Dimension, nämlich die Frage:

Was kommt eigentlich, wenn der unmittelbare Sturm vorbei ist? Ein zentraler Fehler des Interventionismus im Mittleren Osten – sei es Irakkrieg 2003 oder seien es die Libyen-Luftangriffe 2011 – war doch, dass da niemand eine Strategie hatte für den Tag *nach* den Bomben. Gerade auch aus diesen Erfahrungen habe ich in meiner Amtszeit einen neuen Schwerpunkt auf das Stichwort „Stabilisierung“ gelegt.

Ob in Libyen, ob im Irak und vor allem auch in Syrien: Ohne den Erhalt von nationaler Einheit und ohne Stabilisierung von staatlichen Funktionen, ist die nächste Krise, das nächste Abgleiten in Chaos vorprogrammiert. Ich glaube jedenfalls: Bis

auf weiteres werden Nationalstaaten die Bausteine der internationalen Ordnung bleiben. Und deshalb kann internationale Ordnung nur stabil und friedlich sein, wenn diese Bausteine solide sind, d.h. wenn Nationalstaaten ihre essenziellen Funktionen von Gesundheit und Bildung bis hin zu guter Regierungsführung erfüllen können.

Ganz aktuell bauen wir einen Stabilisierungsfonds in Libyen auf, damit die Regierung der Nationalen Einheit den Menschen beweisen kann, dass das Leben auf der Straße sicherer und besser wird.

Ein anderes Beispiel ist der Irak, wo Deutschland den Vorsitz der Arbeitsgruppe Stabilisierung in der internationalen Anti-IS-

Koalition übernommen hat. Denn jetzt geht es in den Gebieten, die vom IS befreit wurden, darum, so schnell wie möglich öffentliche Funktionen und Lebensfähigkeit wieder herzustellen. In Tikrit beispielsweise haben wir Schulen, Krankenhäuser und Stromleitungen wieder hergerichtet, sodass bis heute schon 90% der vertriebenen Bevölkerung zurückkehren konnten!

Ich muss es hier gar nicht ausdrücklich sagen: Genau diese Rückkehrperspektive ersehnen sich die allermeisten Flüchtlinge auch bei uns in Deutschland!

Um all diese Kompetenzen zu bündeln und den Instrumentenkasten einer „Vorsorgenden Außenpolitik“ auszubauen habe ich im Rahmen des Review-Prozesses im

Auswärtigen Amt eine neue Abteilung für Stabilisierung und Krisenprävention eingerichtet.

Eine zweite neue Abteilung zielt auf die langfristige Ebene – die Institutionen der internationalen Ordnung. Das ist der dritte und letzte Aspekt, den ich anreißen will.

Ich will noch einmal den Kontext aufzeigen:

Die 90er und 2000er Jahre, die Entgrenzung von Märkten, Kapitalflüssen und

Technologien, haben die Welt im politischen oder kulturellen Bereich keineswegs zusammenwachsen lassen.

Die Neoliberalen mussten einsehen, dass die Ausbreitung der Marktwirtschaft eben noch lange keine Ausbreitung des Friedens ist.

Die Financial Times hat das neulich so formuliert: „Der Kapitalismus ist politisch polygam.“ Er paart sich gern mit Autokraten...

Für uns Sozialdemokraten heißt das: Der wirtschaftlichen und technologischen Globalisierung muss die *politische* Globalisierung jetzt nachfolgen! Das bedeutet einerseits die Reform der Vereinten Nationen und ihrer Institutionen, die immer noch die Welt von 1945 widerspiegeln und nicht die von 2016. Aber das bedeutet andererseits auch die politische Gestaltung von ganz

neuen Räumen, deren Ordnung im Zeitalter der Globalisierung noch aussteht:

- **Allen voran der digitale Raum, das Internet.**
- **Natürlich auch der Umgang mit Umwelt und Klima – das Pariser Abkommen von Dezember war hier ein Riesenfortschritt!**
- **Aber auch die Frage von Migration jenseits der Flüchtlingskrise – die Frage: Wie sollen eigentlich globale Migrationsregime aussehen, wenn wir schon jetzt absehen können, dass sich in den nächsten Jahrzehnten allein in Afrika Hunderte Millionen Menschen in Bewegung setzen werden?**

All diese Fragen sind Fragen für

Sozialdemokraten. Schon mit der Nord-Süd-

Kommission vor dreißig Jahren hat Willy Brandt sie uns ins Stammbuch geschrieben.

Seit seiner Zeit hat sich vieles verändert.

Nicht nur die Welt selbst hat sich verändert, sondern auch Deutschlands Rolle in der Welt.

- **Deutschland sitzt heute am Tisch, wo wir früher nicht am Tisch saßen.**
- **Unser Handeln wird erwartet, wo es früher nicht erwartet wurde.**
- **Unsere Stimme wird gehört, wo sie früher nicht gehört wurde.**

Ich finde: Wenn das so ist, wenn

Deutschlands Stimme auf der Welt Gehör

findet, dann lasst uns gemeinsam dafür Sorge

tragen, dass diese Stimme auch eine

sozialdemokratische Stimme ist! So, aber

meine* Stimme muss ich jetzt schonen. *Danke.